

# CORONA-KRISE

## FINANZHILFEN FÜR KLEINSTBETRIEBE, KLEINE UND

## MITTELGROSSE UNTERNEHMEN

MERKBLATT 04 | 2020 | NR. 1934.3

### INHALT

1. Einleitung
2. Steuerliche Liquiditätshilfen
  - 2.1 Stundungen
  - 2.2 Antrag auf Anpassung der Vorauszahlungen
    - 2.2.1 Einkommen- und Körperschaftsteuer
    - 2.2.2 Umsatzsteuer
    - 2.2.3 Gewerbesteuer
  - 2.3 Vollstreckungsmaßnahmen
  - 2.4 Säumniszuschläge
  - 2.5 Fristverlängerung für Jahressteuererklärungen 2018
3. Beschaffung von Finanzmitteln
  - 3.1 KfW-Corona-Hilfe
    - 3.1.1 Bestehende Programme
    - 3.1.2 KfW-Sonderprogramm
    - 3.1.3 KfW-Schnellkredit
  - 3.2 Bürgschaftsbanken
  - 3.3 Finanzhilfen der einzelnen Bundesländer
  - 3.4 Hilfspaket der Bundesregierung für Solo-Selbstständige und Kleinstbetriebe
    - 3.4.1 Soforthilfe
    - 3.4.2 Grundsicherung
  - 3.5 Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen
  - 3.6 Weitere mögliche Maßnahmen zur Liquiditätsbeschaffung
4. Schaffung von Homeoffice-Arbeitsplätzen
5. Förderung von Beratungsleistungen
6. Fazit

### 1. EINLEITUNG

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise machen sich bereits jetzt bemerkbar. Insb. kleine und mittelgroße Unternehmen leiden unter den finanziellen Einschnitten und sehen ihre Existenz gefährdet. Die Einnahmen brechen immer weiter ein, die laufenden Kosten bleiben hingegen bestehen. Die Bundesregierung hat hierzu massive Unterstützung ohne Begrenzung versprochen. Dieses Merkblatt gibt Ihnen einen Überblick sowohl über die steuerlichen Maßnahmen als auch über die Möglichkeiten, Finanzmittel zu erhalten.

### 2. STEUERLICHE LIQUIDITÄTSHILFEN

Im Rahmen des von der Bundesregierung ergriffenen „Schutzschildes für Beschäftigte und Unternehmen“ wurden steuerliche Erleichterungen verabschiedet, um unbilligen Härten entgegenzuwirken. Die Abstimmungen mit den Ländern hat das Bundesministerium der Finanzen übernommen und am 19.03.2020 dazu ein entsprechendes Schreiben veröffentlicht.<sup>1</sup> Die darin festgehaltenen Maßnahmen haben Einfluss auf Stundungen, Anpassungen der Vorauszahlungen und mögliche Vollstreckungsmaßnahmen.

#### 2.1 Stundungen

Stundungen von Ansprüchen aus den Steuerschuldverhältnissen können von Finanzbehörden gem. § 222 AO gewährt werden. Grundsätzlich ist eine Stundung nur möglich, wenn die Einziehung eine erhebliche Härte für den Steuerpflichtigen darstellen würde.

Steuerpflichtige, die von der Corona-Krise unmittelbar und nicht unerheblich betroffen sind, können einen Antrag auf Stundung der bis zu diesem Zeitpunkt bereits fälligen oder fällig werden Steuern beantragen. Dies gilt für fällige Steuern bis zum 31.12.2020 und unter Darlegung der persönlichen Verhältnisse. Die Finanzbehörden sind dazu angehalten, bei der Prüfung der Voraussetzungen auf die besondere Krisensituation zu achten und keine strengen Anforderungen zu stellen. Was genau unter „unmittelbar und nicht unerheblich getroffen“ zu verstehen ist, wird nicht näher definiert. Das BMF-Schreiben weist abschließend darauf hin, dass lediglich mittelbar Betroffene die allgemeinen Grundsätze gegen sich gelten lassen müssen.

Im Rahmen der Stundung sollen i. d. R. keine Stundungszinsen nach § 234 AO erhoben werden.

Die Stundung ist für alle Steuern möglich, die von den Landesfinanzbehörden im Auftrag des Bundes verwaltet werden (i. V. m. § 85 GG). Dazu gehören die Einkommen-, Umsatz- und die Körperschaftsteuer sowie der Solidaritätszuschlag. Wie dem BMF-Schreiben zu entnehmen ist, bleiben § 222 Sätze 3 und 4 AO unberührt. Dies bedeutet, dass Steuerabzugsbeträge wie die Lohn- und die Kapitalertragsteuer weiterhin nicht gestundet

<sup>1</sup> BMF-Schreiben v. 19.03.2020, IV A 3 – S 0336/19/10007 :002, BStBl. I.

werden können. Das Land Berlin hatte zunächst in begründeten Ausnahmefällen auch Lohnsteuer gestundet. Bedingt durch eine bundeseinheitliche Abstimmung ist dies nicht mehr möglich.

**PRAXISTIPP** Die Lohnsteuer kann zwar nicht gestundet werden, fällt jedoch unter den Vollstreckungsaufschub. Dieser wird längstens bis 31.12.2020 gewährt.

Bei der Umsatzsteuer muss zudem zwischen der Soll- und der Ist-Versteuerung unterschieden werden. Sofern eine Soll-Versteuerung vorliegt, ist eine Stundung unkompliziert möglich. Bei einer Ist-Versteuerung wurde die Umsatzsteuer jedoch bereits vereinnahmt, wodurch eine Stundung schwieriger ist. Aufgrund der Krise sollte aber dennoch ein Antrag erfolgen. Das Finanzamt ist dazu angehalten, eine konkrete Einzelfallprüfung vorzunehmen. Insb. vor dem Hintergrund möglicher Liquiditätseingänge sollte auch hier nach Möglichkeit eine Stundung genehmigt werden.<sup>2</sup>

## 2.2 Antrag auf Anpassung der Vorauszahlungen

### 2.2.1 Einkommen- und Körperschaftsteuer

Ebenfalls können Steuerpflichtige, die unmittelbar und nicht unerheblich betroffen sind, einen Antrag auf Anpassung der Vorauszahlungen für die Einkommen- sowie Körperschaftsteuer stellen. Ein entsprechender Antrag ist bis zum 31.12.2020 möglich. Darin sind die voraussichtlichen Minderungen der Bemessungsgrundlage für Vorauszahlungen zu benennen. Die Vorauszahlungen sind ggf. auch auf 0 € herabzusetzen.

**PRAXISTIPP** Nach Ansicht des BMF sind Anträge auf Stundung bzw. Anpassung der Vorauszahlungen nicht deswegen abzulehnen, weil der Steuerpflichtige die entstandenen Schäden im Einzelnen wertmäßig nicht nachweisen kann.

**ACHTUNG** Sofern eine Stundung bzw. eine Anpassung der Vorauszahlungen für fällige Steuern bzw. Zeiträume nach dem 31.12.2020 begehrt wird, muss eine besondere Begründung erfolgen!

### 2.2.2 Umsatzsteuer

U.a. in den Bundesländern Hessen und Nordrhein-Westfalen<sup>3</sup> können die Umsatzsteuer-Sondervorauszahlungen auf Antrag auf 0 € herabgesetzt werden. So zahlt etwa das Bundesland Bayern auf Antrag bereits geleistete Sondervorauszahlungen zurück. Damit soll eine kurzfristige Liquidität geschaffen werden.

### 2.2.3 Gewerbesteuer

Auch eine Anpassung des Gewerbesteuermessbetrages für Zwecke der Vorauszahlungen gem. § 19 Abs. 3 Satz 3 GewStG ist möglich, sofern dem Finanzamt Kenntnisse über veränderte Verhältnisse hinsichtlich des Gewerbeertrages vorliegen. Dies soll laut dem Erlass der obersten Finanzbehörden und Länder insb. dann gelten, wenn eine Anpassung der Einkommensteuer- und Körperschaftsteuervorauszahlungen erfolgt.<sup>4</sup> Diese Regelung gilt ebenfalls für unmittelbar und nicht unerheblich betroffene Steuerpflichtige unter Darlegung der Verhältnisse. Sofern eine Anpassung des Gewerbesteuermessbetrages seitens des Finanzamtes erfolgt, ist die Gemeinde gem. § 19 Abs. 3 Satz 4 GewStG daran gebunden.

<sup>2</sup> FAQ und Hinweise zum BMF-Schreiben v. 19.03.2020, StB-Verband Mecklenburg-Vorpommern, [https://stb-verband-mv.de/wp-content/uploads/2020/03/Anlage-4\\_-FAQ.pdf](https://stb-verband-mv.de/wp-content/uploads/2020/03/Anlage-4_-FAQ.pdf).

<sup>3</sup> [https://www.finanzverwaltung.nrw.de/sites/default/files/asset/document/anleitung\\_ust-svz.pdf](https://www.finanzverwaltung.nrw.de/sites/default/files/asset/document/anleitung_ust-svz.pdf)

<sup>4</sup> Gleichlautender Erlass der obersten Finanzbehörden und Länder v. 19.03.2020, gewerbesteuerliche Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus.

**ACHTUNG** Bezüglich Stundungs- und Erlassanträgen im Zusammenhang mit der Gewerbesteuer müssen sich Steuerpflichtige weiterhin an die Gemeinden richten.

**PRAXISTIPP** Die einzelnen Bundesländer haben online Antragsformulare für Stundungen und Anpassungsanträge zur Verfügung gestellt.

## 2.3 Vollstreckungsmaßnahmen

Sofern dem Finanzamt bekannt wird, dass ein Vollstreckungsschuldner gem. § 253 AO unmittelbar und nicht unerheblich von der Corona-Krise betroffen ist, sollen Vollstreckungsmaßnahmen im Rahmen des Vollstreckungsverfahrens nach § 249 AO nicht vorgenommen werden. Dies gilt bis zum 31.12.2020 für alle rückständigen oder bis zu diesem Zeitpunkt fällig werdenden Einkommen-, Körperschaft- bzw. Umsatzsteuern.

## 2.4 Säumniszuschläge

In allen betroffenen Fällen sind die verwirkten Säumniszuschläge mit Veröffentlichung des BMF-Schreibens am 19.03.2020 bis zum 31.12.2020 zu erlassen. Ein solcher Erlass kann dabei seitens der Finanzämter auch durch eine Allgemeinverfügung nach § 118 Satz 2 AO erfolgen.

Säumniszuschläge, die vor Erlass des BMF-Schreibens entstanden sind, bleiben hingegen bestehen. Für diese gelten die allgemeinen Regeln der Abgabenordnung.

## 2.5 Fristverlängerung für Jahressteuererklärungen 2018

Hinsichtlich der Abgabe von Jahressteuererklärungen 2018 hat das Hessische Ministerium der Finanzen entschieden, dass sich die Abgabefrist bis zum 31.05.2020 verlängert. Dies gilt in allen Fällen einer steuerlichen Vertretung. Auch Verspätungszuschläge werden demnach bis Ende Mai nicht festgesetzt. Gleiches gilt in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz.

Es bleibt abzuwarten, ob andere Bundesländer ebenfalls eine allgemein gültige Verlängerung erlassen.

**PRAXISTIPP** Versuchen Sie eine Fristverlängerung bei dem zuständigen Finanzamt unter Hinweis auf das Vorgehen der genannten Finanzministerien zu erreichen.

## 3. BESCHAFFUNG VON FINANZMITTELN

### 3.1 KfW-Corona-Hilfe

Die Bundesregierung hat zur Unterstützung in der Krise schnellen und einfachen Zugang zu günstigen Krediten versprochen. Durchgeführt wird dies durch die KfW, die dazu beitragen soll, die Liquidität von v.a. kleinen und mittelgroßen Unternehmen zu gewährleisten. Dazu wurde ein Sonderprogramm verabschiedet. Die KfW-Corona-Hilfe kann dann in Anspruch genommen werden, wenn sich ihr Unternehmen bis zum 31.12.2019 in keinerlei Schwierigkeiten befand. Um eine finanzielle Unterstützung zu erhalten, gehen Sie wie folgt vor: Finden Sie einen Finanzierungspartner, z.B. Ihre Hausbank.

- 1) Der Finanzierungspartner stellt einen Kreditantrag bei der KfW.
- 2) Die KfW prüft den Antrag.
- 3) Abschluss des Kreditvertrages beim Finanzierungspartner
- 4) Bereitstellung der liquiden Mittel

#### 3.1.1 Bestehende Programme

Je nachdem, ob Ihr Unternehmen länger als fünf Jahre oder weniger am Markt aktiv ist, kann entweder der KfW-Unternehmerkredit (O37/O47) oder der ERP-Gründerkredit (O73–O76) in Anspruch genommen werden. Beide Programme können für Betriebsmittel und Investitionen beansprucht werden. Dabei

kann für kleine und mittlere Unternehmen eine Risikoübernahme von bis zu 90 % erfolgen. Im Normalfall tragen die Hausbank und die KfW das Ausfallrisiko zu gleichen Teilen. Dies dürfte den Hausbanken aufgrund der aktuellen Lage jedoch zu riskant erscheinen.

Ferner wurden Zinsverbesserungen vorgenommen. So liegt der Zinssatz für kleine und mittlere Unternehmen zwischen 1 % und 1,46 %. Auch die Antragsprozesse wurden verschlankt. Bis zu einem Kreditbetrag von 3 Mio. € verzichtet die KfW auf eine eigene Risikoprüfung. Diese wird lediglich seitens der Hausbank durchgeführt. Bei Krediten zwischen 3 Mio. € und 10 Mio. € findet eine deutlich reduzierte Prüfung statt.<sup>5</sup>

### 3.1.2 KfW-Sonderprogramm

Das neu aufgelegte Sonderprogramm kommt bei Konsortialfinanzierungen zur Anwendung. Dies bedeutet, dass ein Kredit durch mind. zwei oder mehr Banken vergeben wird. Hierbei wird seitens der KfW eine Risikoübernahme von bis zu 80 % eingeräumt. Dadurch wird der Liquiditätszugang für Unternehmen erleichtert.

### 3.1.3 KfW-Schnellkredit

Der KfW-Schnellkredit gewährt Unternehmen mit zehn bis 50 Mitarbeitern einen Kredit bis max. 500.000 €. Liegt die Mitarbeiterzahl bei mehr als 50, beläuft sich der Kredithöchstbetrag sogar auf 800.000 €. Beim KfW-Schnellkredit entfällt jegliches Risiko für die Hausbank, da die KfW 100 % des Kreditausfallrisikos übernimmt.

Die Erteilung des Kredites erfolgt ohne Risikoprüfung und ohne Hinterlegung von Sicherheiten. Die Hausbank benötigt allerdings eine aktuelle Schufa-Auskunft. Eine Antragsstellung ist auf den Zeitraum vom 15.04. bis 31.12.2020 begrenzt.

**HINWEIS** Ausführliche Informationen zu den Hilfen der KfW erhalten Sie im DWS-Merkblatt Nr. 1939 „Corona-Krise – KfW-Kredite für Unternehmen – Überblick über das Antragsverfahren und die Konditionen“.

### 3.2 Bürgschaftsbanken

Auch die verschiedenen Bürgschaftsbanken versprechen eine schnelle Bearbeitung und Gewährung von Krediten. Seitens des Bundes wurde ermöglicht, dass Bürgschaftsbanken über Anfragen bis zu einem Betrag von 250.000 € eigenständig und innerhalb von drei Tagen entscheiden können. Nach Informationen der Bürgschaftsbanken sollte das Unternehmen jedoch vor der Krise wirtschaftlich tragfähig gewesen sein. Zur Bearbeitung einer Anfrage muss ein plausibler Liquiditätsplan über den notwendigen Kapitalbedarf eingereicht werden. Eine Übersicht der Bürgschaftsbanken ist hier einsehbar: <https://www.vdb-info.de/mitglieder>

### 3.3 Finanzhilfen der einzelnen Bundesländer

Auch die einzelnen Bundesländer verabschieden eigenständige Maßnahmenpakete, um die Unternehmen zu unterstützen. Nahezu alle Bundesländer haben Kreditprogramme erlassen, um eine schnelle Liquidität zu gewährleisten.

Die Soforthilfeprogramme unterscheiden sich in der Höhe und den Antragsvoraussetzungen. Aufgrund der sich aktuell ständig ändernden Maßnahmen empfehlen wir, sich direkt bei Ihrem Bundesland zu erkundigen, welche Unterstützung Sie erhalten können. Die Seiten der einzelnen Bundesländer geben darüber Auskunft.

<sup>5</sup> <https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/KfW-Corona-Hilfe-Unternehmen.html>

**ACHTUNG** Die Angaben zur wirtschaftlichen Lage und zur Entstehung der Liquiditätsgengpässe müssen per eidesstattlicher Versicherung erfolgen!

### 3.4 Hilfspaket der Bundesregierung für Solo-Selbstständige und Kleinstbetriebe

Auch seitens des Bundes wurde ein Corona-Hilfspaket geschürt, um die wirtschaftlichen Folgen der Krise abzufedern.

#### 3.4.1 Soforthilfe

Für Kleinstunternehmen, Freiberufler, Landwirte und Solo-Selbstständige wurde ein Soforthilfe-Volumen von 50 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Eine solche Soforthilfe steht allen Unternehmen zu, die aufgrund der Krise in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind. Entscheidend hierbei ist, dass sich die Unternehmen nicht bereits am 31.12.2019 in finanziellen Schwierigkeiten befanden. Die Soforthilfen sollen insb. zur Deckung von Miet- und Pachtkosten, sonstigen Betriebskosten, Sicherung der wirtschaftlichen Existenz oder z. B. Leasingraten verwendet werden. Die Soforthilfen müssen nicht zurückgezahlt werden, es handelt sich um einen Zuschuss. Der Zuschuss ist allerdings gewinnwirksam zu berücksichtigen. In die Ermittlung der Steuervorauszahlungen 2020 ist dieser jedoch nicht einzubeziehen.

Selbstständige und Unternehmen mit bis zu fünf Beschäftigten erhalten eine Einmalzahlung von bis 9.000 € für drei Monate.

Sofern bis zu zehn Beschäftigte vorhanden sind, beträgt die Soforthilfe bis zu 15.000 € für drei Monate.

**PRAXISTIPP** Die Anträge sind bei der zuständigen Landesbehörde bis zum 31.05.2020 zu stellen.

**ACHTUNG** Falsche Antragsangaben können den Tatbestand des Subventionsbetrugs erfüllen und strafrechtliche Konsequenzen mit sich bringen.

#### 3.4.2 Grundsicherung

Ferner sollen Selbstständige leichter Zugang zur Grundsicherung erhalten. Damit sollen Kosten für den Lebensunterhalt sowie Unterkunftskosten gesichert werden. Innerhalb der nächsten sechs Monate wird dafür auf eine Offenlegung der Vermögensverhältnisse verzichtet. Zudem müssen Antragsteller ihr Vermögen nicht antasten.

**HINWEIS** Sowohl die Soforthilfe als auch die Grundsicherung sind mithilfe eines Antrages zu erhalten. Die Antragstellung soll dabei möglichst elektronisch erfolgen.

### 3.5 Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen

Zur schnellen Schaffung von Liquidität kann auch eine Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen gem. § 76 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SGB IV in Betracht gezogen werden. Eine solche Stundung ist immer dann möglich, wenn die Einziehung eine erhebliche Härte für das Unternehmen darstellen würde. Unter einer erheblichen Härte versteht man, dass sich ein Unternehmen aufgrund von ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Zahlungsschwierigkeiten befindet oder durch die Einziehung der Sozialversicherungsbeiträge in solche geraten würde. Der Anspruch der Beiträge darf jedoch nicht durch dauerhafte Zahlungsschwierigkeiten gefährdet sein. Ein entsprechender Antrag muss bei der Krankenkasse gestellt werden.

### 3.6 Weitere mögliche Maßnahmen zur Liquiditätsbeschaffung

Zur Schaffung von Liquidität können auch intern umsetzbare Maßnahmen in Erwägung gezogen werden. Denkbar wäre die Aussetzung von Tilgungsleistungen oder eine Erhöhung des Kontokorrentkredites. Hierzu sollte Rücksprache mit der Hausbank gehalten werden.

Auch besteht die Möglichkeit, einen Antrag auf Stundung der Miete zu stellen und ungenutzte Anlagegüter zu verkaufen. Sinnvoll scheint zudem, Zahlungsanreize für die Kunden zu schaffen, z. B. durch die Gewährung von Skonti. Außerdem sollten alle abrechenbaren Leistungen schnellstmöglich in Rechnung gestellt und Abschlagszahlungen bzw. Anzahlungen ins Gespräch gebracht werden.

Ferner sollten laufende Kosten ggf. überprüft werden. Sofern es die Verträge zulassen, könnten z. B. Leasingverträge gekündigt werden, wenn Außendienstmitarbeiter momentan nicht reisen können und daher auf kein Auto angewiesen sind. Für Mitarbeiter kann zudem Kurzarbeitergeld beantragt werden.

#### 4. SCHAFFUNG VON HOMEOFFICE-ARBEITSPLÄTZEN

Um den laufenden Betrieb während der Corona-Krise zu gewährleisten und die Mitarbeiter vor einer möglichen Ansteckung zu schützen, ziehen immer mehr Unternehmen die Einrichtung von Homeoffice-Arbeitsplätzen in Erwägung. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie unterstützt mit seinem Förderprogramm „go-digital“ kleinere und mittlere Unternehmen bei der Umsetzung. Durch das Förderprogramm werden Kosten einer unterstützenden Beratung durch ein vom BMWi autorisiertes Beratungsunternehmen erstattet. Die Erstattung beträgt bis zu 50 % bei einem maximalen Beratertagesatz von 1.100 €. Förderberechtigt sind Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten und einem Jahresumsatz bzw. einer Jahresbilanzsumme des Vorjahres von höchstens 20 Mio. €. <sup>6</sup>

**HINWEIS** Konkrete Hilfe bei der Einrichtung eines vorübergehenden Homeoffice erhalten Sie im DWS-Merkblatt Nr. 1932 „Corona-Krise – Homeoffice – vorübergehendes mobiles Arbeiten“ sowie mit dem DWS-Vordruck Nr. 1123 „Zusatzvereinbarung zum Anstellungsvertrag über ein vorübergehendes mobiles Arbeiten (Homeoffice)“.

#### 5. FÖRDERUNG VON BERATUNGSLEISTUNGEN

Auch das Bundeswirtschaftsministerium hat eine neue Unterstützung auf den Weg gebracht. Insb. kleine und mittlere Unternehmen weisen keine größeren Rücklagen auf und sind bereits nach kurzer Zeit in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Um einer Insolvenz entgegenzuwirken, benötigen diese Unternehmen eine schnelle und unbürokratische Unterstützung in Form einer betriebswirtschaftlichen Beratung. Daher werden solche Beratungsleistungen dahingehend gefördert, dass bis zu 4.000 € der Nettoleistungen durch das Ministerium übernommen werden. Unter die förderfähigen Beratungsleistungen fallen neben dem Honorar auch Auslagen und Reisekosten der Berater und Beraterinnen. Die Zuschüsse werden direkt an das Beratungsunternehmen ausgezahlt. Durch die Beratungsleistungen sollen die Unternehmen Maßnahmen entwickeln, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu begrenzen und sich wettbewerbsfähig aufzustellen.

Als Berater und Beraterinnen kommen alle diejenigen in Frage, die mehr als 50 % ihres Umsatzes aus Beratungstätigkeiten erzielen. Auch Steuerberater bzw. Steuerberaterinnen können sich als Berater zulassen. Dafür müssen sie über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen und einen Qualitätsnachweis erbringen,

der die Planung, Durchführung, Überprüfung und Umsetzung der Arbeits- und Organisationsabläufe aufzeigt. Um einen Nachweis über die Voraussetzungen zu erbringen, muss eine Beraterklärung, ein Lebenslauf sowie ein Nachweis über ein Qualitätsmanagementsystem vorgelegt werden.

**HINWEIS** Die Förderung gilt für alle Anträge zwischen dem 03.04. und dem 31.12.2020

**PRAXISTIPP** Nähere Informationen sowie das Antragsformular finden Sie hier: [https://www.bafa.de/DE/Wirtschafts\\_Mittelstandsfoerderung/Beratung\\_Finanzierung/Unternehmensberatung/unternehmensberatung\\_node.html](https://www.bafa.de/DE/Wirtschafts_Mittelstandsfoerderung/Beratung_Finanzierung/Unternehmensberatung/unternehmensberatung_node.html)

#### 6. FAZIT

Kleinbetriebe sowie kleine und mittelgroße Unternehmen werden von den staatlichen Anordnungen zur Bekämpfung des Coronavirus stark finanziell getroffen. Zur Abmilderung dieser negativen Effekte existieren bereits jetzt zahlreiche Maßnahmen. Es ist davon auszugehen, dass weitere Unterstützungen folgen werden. Die aktuellen Entwicklungen sollten daher stets im Auge behalten werden.

<sup>6</sup> <https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Artikel/Digitale-Welt/foerderprogramm-go-digital.html>